

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.

Abonnementpreis 0,75 RM.; bei jeder Bestellung durch den Besteller ist dies zu zahlen. — Aus dem Verbands- und Adressenänderungen an.

Herausgegeben

von der Redaktion der Verbände- und Berufsvereine
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 8, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:

Gesetzblatt, 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 1728.

Nr. 29/30.

Berlin, Sonnabend, 26. Juli 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Landarbeiterstreik. — Englische Arbeiterlöhne vor und im Kriege. — Österreichischer Oster über die wirtschaftliche Lage. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- und Adressenänderungen. — Literatur. — Anzeigen.

Landarbeiterstreik.

Die neue Zeit hat auch mit den Gewerkschaften aufgeräumt und den Landarbeitern das Koalitionsrecht, um das sie so lange vergeblich gekämpft haben, verlihen. Von diesem Recht wird natürlich ausgiebiger Gebrauch gemacht, und die Mitglieder der Landarbeiter-Organisationen vermehren sich von Woche zu Woche. Dabei ist es natürlich nicht geblieben. Die Landarbeiter wollen auch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und vor allem befreit sein von den alten Vorkriegsverhältnissen, unter denen sie, schlimmer als ihre Brüder in Handel, Gewerbe und Industrie, lange genug geknechtet haben. Ihre Arbeitgeber, zum großen Teil der Klasse angehörig, die namentlich in Preußen von jeher maßgebend gewesen und die Kriegsepoche und Verwaltung zu ihren Gunsten zu beeinflussen gewohnt waren, können sich mit den neuen Zuständen noch nicht abfinden und verteidigen jeden Fußbreit ihres Herrschaftsbereichs, der ihnen dadurch entzogen wird, mit rücksichtsloser Zähigkeit. Das muß zu solchen Konflikten führen, wie wir sie leider in den letzten Wochen namentlich in Rommern, aber auch anderswo erlebt haben.

In vielen Orten sind die Landarbeiter in den Streik getreten, wodurch die Ernte, auf deren glückliche Einbringung das deutsche Volk sehr häufiger als je rechnen muß, wenn es endlich aus der furchtbaren Hungerperiode herauskommen soll, aufs schwerste gefährdet wird. Selbstverständlich sind die Herren Großgrundbesitzer und ihr politisches Gesinde sofort mit dem Wortwurf bei der Hand, die Schuld an dieser Gefährdung tragen lediglich die unbotmäßigen Arbeiter, die sich von Gehern zur Arbeitsmiederlegung verleiten ließen. Schanz, zum Teil trifft dies zu. Die Ereignisse der letzten Monate lassen leider keinen Zweifel darüber, daß es in untern schwer benutzten Lande Elemente gibt, die teils aus blindem politischen Fanatismus, teils befohlen durch russisches und ungarisches Geld, alle Hebel in Bewegung setzen, daß das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommt, die in Erwartung der Weltrevolution alles in Grund und Boden ruinieren möchten, um dann auf den Trümmern eine neue „Ordnung“ aufzurichten. Auch unter den Landarbeitern haben diese gewissenlosen Menschen Boden zu gewinnen versucht und hier und da wohl auch gefunden. Dabei hat ihnen der Mangel an Schulung und Disziplin, den allein die Organisation auszugleichen vermag, das Ziel wesentlich erleichtert. Gegen sie muß mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden.

Wer eine viel größere Schuld an den bauernswerten Vorgängen trifft diejenigen, die der preussische Landwirtschaftsminister als das Gegenstück zu den Kommunisten bezeichnet hat und die ein Aufwachen aus der Landesverkommenheit mit dem Worte „Blauer Sparta-Krieg“ belegte, die nicht weniger gemeingefährlich sind, sondern ihren Antipoden direkt in die Hände arbeiten. Es sind dies die allerschlimmsten Junker, die um jeden Preis Herren im Hause bleiben wollen, und zwar unumschränkte Herren. Was waren ihnen bisher ihre Arbeiter? Lediglich die Werkzeuge zur Erledigung der landwirtschaft-

lichen Arbeiten, die ihnen auch im Kriege sehr ansehnliche Gehälter abwarren und ihnen ein standesgemäßes Auskommen sicherten. Den Menschen im Arbeiter adelte man kaum. Wir wollen zum Beweise dieser Behauptung nicht Einzelfälle anführen, die besonders arg das Verhältnis zwischen dem Herren Großgrundbesitzer und seinen Leuten“ beleuchten. Es würde uns nicht idger fallen. Aber das muß festgestellt werden, daß die Landarbeiter ihre schwere Arbeit oftmals für einen Lohn ausführen mußten, der in keinem Einklang stand zu ihrer Leistung, und unter sonstigen Bedingungen, die einem modernen Arbeitsverhältnis geradezu Vohn“ sprechen.

Diesen unwürdigen Zuständen ist neuerdings zum Teil abgeholfen worden durch eine Annahme dieses Jahres in Kraft getretene Landarbeiters-ordnung. Durch sie wird auch das ländliche Arbeitsverhältnis geregelt und dem Arbeiter ein menschenwürdiges Auskommen gesichert. Selbstverständlich bringen auch die Organisationen der Arbeiter zur Innehaltung dieser wesentlichen Vorschriften und verfolgen ferner, nach dem Vorbilde industrieller Arbeiter, Tarifverträge abzuschließen. Wo diese zustande gekommen sind und erfreulicherweise ist dies an vielen Stellen sogar mit Hilfe der Landräte gelungen und feinerlei Differenzen ausgebrochen, ist die Arbeit nirgends gestört worden. Anders dort, wo man den alten Herren, und Standesbesitz nicht ablegen konnte. Da haben sich die Herren Grundbesitzer zu einem Land und Erde vereint, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, den Abschluß von Tarifverträgen selbst mit den schändlichen Mitteln zu hintertreiben. In den Verhandlungen dieses Landbundes wurde offen erklärt, daß Tarifverträge nicht abgeschlossen werden dürften. Trotzdem war es schließlich zu Verhandlungen gekommen, die einen erfolgreichen Verlauf zu nehmen schienen. Diese Verhandlungen wurden dann plötzlich unter einem nichtigen Vorwande abgebrochen, und die Folge war die Einstellung der Arbeit im Streik Frankreich. Jetzt legen die Herren des Landbundes allen ihren Einfluß ein und erreichten es auch, daß das Generalkommando in Stettin den Belagerungszustand über den Regierungsbezirk Stralund verhängte, eine Verordnung betreffend den Arbeitszwang gegen die Landarbeiter und ein Verbot von Versammlungen und des Aufenthalts ortsfremder Personen in den Orten des Regierungsbezirks erließ.

Alle diese Maßnahmen, die noch dazu ohne Mitwirkung des Oberpräsidenten getroffen wurden, waren natürlich nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Die Folge war im Gegenteil der Generalkrieg in Stettin und Stralund, der wiederum mit dem Bürgerkrieg beantwortet wurde. Eine überaus ernste Situation, die schließlich die preussische Regierung veranlaßte, zwei Unterstaatssekretäre mit weitgehenden Vollmachten nach Rommern zu entsenden, die versuchen sollten, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Das ist auch gescheit. In langwierigen Verhandlungen, an denen Beteiligte aus allen Kreisen teilnahmen, wurde festgestellt, daß ein Grund zur Verhängung des Belagerungszustandes und der Arbeitszwangsverordnung nicht bestand. Die Maßnahmen wurden also aufgehoben und gleichzeitig Vorkehrungen getroffen, daß für die Zukunft eine derartige Willkürherrlichkeit unmöglich wird. Damit wurde der Generalkrieg der Arbeiter und auch der Bürgerkrieg aufgehoben.

Bezüglich der Tarife für Landarbeiter erließen sich beide Parteien bereit, dem Abschluß solcher Verträge keine Schwierigkeiten in den

Bei zu legen. Wo es zum Abschluß gekommen ist, sollen beide Seiten irische daran gebunden sein; jeder Tarifbruch wurde sofortigen verurteilt und namentlich während der Ernte als ein Verbrechen gegen die Gesamtheit gebrandmarkt. Ueber die schwebenden Diskussionen wurde nachträglich ebenfalls eine Einigung am mittleren Ende erzielt, die den schuldigen Arbeitern und die Regelung der zur Einbringung der Ernte erforderlichen Überwinden teilte. Außerdem wurde zur Schlichtung aller im Verlaufe des Streiks eingetretenen Vorkommnisse eine partielle Kommission einberufen.

Damit ist eine Bewegung abgeklungen, die, wenn sie nicht in ihrem Seim hätte erstickt werden können, leicht unheilbare Folgen hätte zeitigen können. Wir wollen nicht nur im Interesse der Beteiligten selbst, sondern auch in dem der Gesamtheit hoffen, daß solche Kommissionen so nicht wiederholen. Den autoritatösen Herrn von links muß mit aller Gründlichkeit das Handwerk gelegt werden, auf der anderen Seite aber müssen sich die Herren Großgrundbesitzer nicht sein lassen, daß die Zeit vorüber ist, da sie mit ihren Arbeitern wie mit willenlosen Werkzeugen umspringen konnten. Können sie sich zu diesen Gedanken nicht gewöhnen, so wird er ihnen durch die Schuld der Ereignisse eingeschannert werden. Möge man sich also des Einflusses der Lage auf beiden Seiten bewußt sein, damit unter idwer lebendes Volk und Vaterland vor vermeintbaren Stürmen bewahrt bleibt.

Englische Arbeiterlöhne vor und im Kriege.

Wenn auch die Bevölkerung des britischen Inselreichs nicht entern die Entbehrungen kennen gelernt hat, die den deutschen Volk durch die Blockade auferlegt worden sind, so sind die Erfahrungen des Krieges doch auch nicht nutzlos an ihm vorübergegangen. Auch in den feindlichen Ländern hat man sich manches vertragen müssen; zahlreiche Lebensmittel sind knapp geworden, und die Preise dafür sind um Teil nicht unerheblich gestiegen. Das hatte wie bei uns auch Lohnsteigerungen zur Folge, die aber ihre Ursache weiterhin in dem Mangel an Arbeitskräften hatten, weil auch in England die Heeresindustrie zahlreiche Hände heidatigte und der Heeresdienst selbst den Arbeitsmangel verhärtete. Im Reich der Labour (Kette) werden für die wichtigsten Industriezweige, Großbritanniens Lohnnahmen gemacht, die einen Vergleich der Löhne für die Zeit vor dem Kriege mit denen im April d. J. ermöglichen. Nach diesen Angaben teilt das „Reichsarbeitsblatt“ mit, daß die ersten Lohnhöhen Ende 1914 eintraten. Anfang 1915 wurden den Eisenbahnbediensteten und den Bergarbeitern erhöhte Löhne bezw. Kriegszulagen gewährt; der Maschinenbau folgte, und allmählich sprang die Bewegung auf die anderen Gewerbe über. Im Sommer 1916 waren die wichtigsten Industriezweige fast ausnahmslos dazu übergegangen, den Arbeitern erhöhte Löhne oder Kriegszulagen zu zahlen.

Für den Kohlenbergbau wird Ende April 1919 im Durchschnitt eine Steigerung der Löhne um 110-120 Prozent gegenüber den Sätzen der Bergarbeiter vor dem Kriege angenommen. In den Eisenerzgruben haben sich die Löhne im Durchschnitt mehr als verdoppelt. Für die Industrie der Steine und Erden wird eine Lohnsteigerung um 64-71 Prozent berechnet. Am niedrigsten war sie in der Glasfabrikindustrie, am höchsten in der Zäpferei.

Das sind durchaus richtige Auffassungen, und wir haben nur den einen Wunsch, daß sie weit über den Kreis der bei der Eisenbahnverwaltung Beschäftigten hinaus in ihrer Bedeutung verstanden und beachtet werden. Zeit wird es wahrlich, sogar die höchste Zeit!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 25. Juli 1919.

Die Bestellungen auf das Verbandsprotokoll sind bisher nur spärlich eingegangen. Meist sind die Besteller Kollegen, die aus Interesse für die Sache das Protokoll für sich selbst anschaffen. Die Ortsverbände und Ortsvereine dagegen haben noch sehr wenig von sich hören lassen. Wir machen deshalb erneut auf den besonders reichen Inhalt des Verbandsprotokolls aufmerksam, das für die Fragen der Sozialisierung, des Räteystems, der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung reiches Material bietet, aber auch wegen der Beschlüsse des Verbandstages in seiner Publikation das Beste darstellt. Bei den ungenutzten Bestellschlüssen muß sich die Verbandsleitung bei der Vergütung des Druckauftrages nach den eingegangenen Bestellungen richten. Sie darf aus Sparmaßregeln die Auflage nicht nach Gutdünken festsetzen. Deshalb erühen wir nochmals dringend darum, daß die Ortsverbände und Ortsvereine umgehend dem Verbandsleiter Kollegen Klein mitteilen, wieviele Exemplare des Protokolls sie wünschen. Der Bestellung ist gleich der Betrag von 2 Mk. für das Stück beizufügen.

Die Vermögensabgabe. Das Deutsche Reich braucht Geld, sowohl um den eigenen Bedarf zu decken, als auch um den Verpflichtungen nachkommen zu können, die ihm durch den Friedensvertrag auferlegt sind. Da wir die Höhe der uns von der Entente zugedachten Entschädigungsforderungen noch nicht kennen, kann auch der genaue Betrag der erforderlichen Geldmittel nicht angegeben werden. Aber darüber brauchen wir uns keine Millionen hinzugeben, daß alljährlich diese Milliarden aufgebracht werden müssen und die Steuerlast der Zukunft ganz andere Anforderungen an jeden einzelnen von uns stellen wird. Zu den schon während der Kriegszeit erschlossenen Steuerquellen kommen neue, und schon sind der Nationalversammlung zehn Steuerentwürfe zugegangen, deren dauernde Einnahmen auf jährlich 12 Milliarden berechnet werden. Die erste Leistung haben diese Vorlagen bereits durchgemacht. Welches Gewicht die Gebote später haben werden, läßt sich noch nicht sagen.

Außerdem aber soll der Reich durch eine besondere Abgabe vom Vermögen, das Reichsnotopfer, zur Winderung der äußersten Finanznot herangezogen werden. Nur Vermögen bis 5000 Mark sollen abgabenfrei bleiben. Alles, was darüber hinausgeht, wird getroffen, und zwar sowohl das bewegliche wie das unbewegliche Vermögen. Das Vermögen der Ehegatten wird zusammengeordnet, sofern sie nicht dauernd von einander getrennt leben. Zehnfunkeln, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau nach dem 31. Juli 1914 im Finder oder deren Abkömmlinge vorgenommen hat, werden dem Vermögen des Zehnfunkelnden hinzugeordnet.

Was die Höhe der Abgabe betrifft, so beträgt sie für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. 10 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. 12 Prozent.

für weitere 100 000 Mk.	15 Prozent
" " 200 000 "	20 "
" " 300 000 "	25 "
" " 400 000 "	30 "
" " 500 000 "	35 "
" " 600 000 "	40 "
" " 700 000 "	45 "
" " 1 000 000 "	50 "
" " 2 000 000 "	55 "
" " 3 000 000 "	60 "
für die nächsten weiteren Beträge 65	

Abgabepflichtig ist nur der dem Betrag von 5000 Mk. übersteigende Teil des Vermögens. Bezieht also jemand 30 000 Mk. Vermögen, so würden nur 25 000 Mk. abgabepflichtig sein. Die Abgabe würde also 2500 Mk. betragen. Beim Vorhandensein von Kindern sind gewisse Abänderungen vorzusehen. Die Zahlung der Abgabe erfolgt als Rente in der Weise, daß der Abgabebetrag zunächst einer am 1. Januar 1920 beginnenden Rente in Höhe von 5 v. H. innerhalb 30 Jahren in gleichmäßigen Teilbeträgen von denen der erste am 1. Oktober 1920 fällig ist, getilgt

wird. Für die geschuldete Rente hat der Abgabepflichtige Sicherheit zu leisten. Der Abgabepflichtige ist berechtigt, die Rente ganz oder in Teilbeträgen abzulösen.

Auf Verstöße gegen das Gesetz sind hohe Strafen gelegt. Die Entnahme aus den Leistungsbeträgen des Reichsnotopfers ist ausschließlich für die Abminderung der Reichsschuld zu verwenden.

Es gibt Leute, die von Steuerlasten etwas verstehen und den Ertrag dieses Reichsnotopfers auf 80 bis 90 Milliarden berechnen. Wenn die Schätzung richtig ist, wollen wir uns freuen. Wir fürchten aber, daß sie zu hoch geht, da man den Kriegsgewinnlern viel zu viel Zeit gelassen hat, ihre Beute im Auslande in Sicherheit zu bringen.

Wie in der Republik die Freiheit von den „Genossen“ malträtirt wird, dafür haben wir leider schon recht viele drastische Beispiele anführen können. Wer aber glaubt hat, daß die oft gerühmte unerhörten Mitleid und Unbarmherzigkeit und Terrorismus nur die Folge der Revolutionswirren sind und daß sie allmählich aus der Erscheinung auf verschwinden werden, der betritt sich auf dem Holzwege. Es wird weiter trübsinnig daraufstrotzt, und alle die schönen Verprechungen „von oben“, daß man zu etwas nicht billige und für Unterlassung sorgen werde, und eitel Luft. Dabei lassen sich die sogenannten Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen keineswegs in den Hintergrund drängen. So schmerzt ihnen selbst auch das Leben von ihren feindlichen Brüdern genandt wird, wenn es gilt, Gewerkschaften zu drangsalieren und in ihren Verband hineinzuführen da setzen auch sie einen anderen fanatischen Eifer. Eine andere Meinung, eine andere Überzeugung gibt es für sie nicht. Die Freiheit der Koalition erkennen sie nur soweit an, wie es sich um die „freien“ Gewerkschaften handelt.

Vor uns liegt eine Beilage zur „Schleifenden Bergarbeit“ vom 16. Juli 1919. Darin ist ein Bericht aus dem Gewerkschaftskartell in Freiburg enthalten, der mit folgenden Zeilen schließt:

Die Zeitungsarbeiter berichten, daß sich bereits in Oberpölsing die Christ-Deutschen Gewerkschaften wieder bemerkbar machen. Aufgabe eines dieser freigeorganierten Kollegen muß es sein, diesen Spielereien einiger Leute, die die gegenwärtige Zeit nicht verstehen lernen und von neuem einen Keil in die freien Arbeiterorganisationen hineintreiben wollen, das Handwerk zu legen. Die Kollegen können nicht dulden, daß ein paar Tugend die geschlossenen Arbeiterreihen durchbrechen wollen und außer der Reihe tanzen. Ten Arbeitgebern, denen der Frieden und die Ruhe im Hause lieb ist, sei es gesagt, daß die Gewerkschaften hierorts bekämpft werden.

Dieses Dokument aus einer freien Republik verdient niedriger gehalten zu werden. Wer die Gewerkschaften nach keiner inneren Überzeugung für die richtige Organisation hält, der wird pro et contra gemacht. Denn darauf läuft letzten Endes die verfehlte Erziehung gegen die Unternehmer hinaus. Oder aber der Betreffende muß auf die Freiheit der eigenen Meinung verzichten. Und Menschen, die solche Grundzüge vertreten, die wegen anderer vorzuziehen, daß sie die gegenwärtige Zeit nicht verstehen. Nein, diese Kommuniqués sind selbst durch Parteilichkeit nicht zu verblenden, daß ihnen das Verständnis für Recht und Unrecht, für den Wert der Zeit völlig verloren gegangen ist. Umso notwendiger ist es, diesen Elementen durch gezielte Maßnahmen mit unangelegentlichem Harter beizutreten zu machen, was sie aus sich selbst heraus nicht leisten zu können scheinen, daß im neuen Volkstuche jeder nach seiner Überzeugung leben und sich organisieren darf und daß für derartigen Terrorismus, den Schandfleck im Arbeitsloste, kein Platz mehr sein darf.

Der Weltgeneralfreist als Protest gegen den Versailles Frieden ist nicht nur für die deutschen und insbesondere der Berliner Arbeiterschaft Gegenstand gegeben, sich so gründlich wie möglich vor aller Welt zu glorifizieren. Ten Arbeitern in den Entente-Ländern hätte man es nachsagen können, daß sie als Protest gegen die unermesslichen Friedensbedingungen, die ihre Regierungen gegen Deutschland ausgenommen haben, einen Demonstrationstreif veranstalteten. Das war auch so geplant. Plugs waren unsere Unabhängigen auch wieder zu einem Generalfreist bereit, obgleich die Verhältnisse bei uns ganz anders liegen und alles darauf ankommt, Störungen von anderen Wirtschaftsleben fernzuhalten. Wer

solche Argumente giebt ja leider bei uns nicht Raum haben aber die Engländer lange vor dem 21. Juli, dem feierlichsten Tage, auf den Streik verzichtet, und kurz vorher haben auch die Franzosen ihren Streik auf unbestimmte Zeit verlegt. Tut nichts, die deutlichen Unabhängigen streiten doch. Allerdings hat an vielen Orten erfreulicherweise die Vernunft gesiegt, und von einem Streik war dort nicht die Rede. In Berlin aber ging es unso toll her. Die Mehrheitssozialisten wollten ihren Protest Ausdruck verleihen in Verkündigungen, die nach der Arbeitszeit stattfinden sollten. Ihre Anhänger sollten arbeiten. Die Unabhängigen aber waren für den Streik, und mit Hilfe der Kommunisten hatten sie es auch durchgesetzt, daß in den großen Betrieben nicht gearbeitet wurde. Aber das genügte ihnen nicht. Ten feindlichen Brüdern mußte einmal handgreiflich Narrenschmerz werden, wie es um die Meinungsfreiheit im neuen Deutschland bestellt ist. Deshalb besetzten die Unabhängigen sämtliche Verkündigungslokale der Mehrheitssozialisten und sprengten die Verkündigungen. Zu diese sich dies nicht ohne Weiteres gefallen lassen wollten, kam es mehrfach zu wüsten Schlägereien, in denen Felle, Stühle und Tische als Waffen benutzt wurden. Einen antizipierten Verstoß muß es widerstreben, die unerhörten Vorgänge eingehend zu schildern. Aber achtung werden muß es wenigstens, wie sehr die Achtung vor der Arbeiterschaft durch solche Vorkommnisse nicht allein im eigenen Lande sondern in der ganzen Welt herabgemindert wird.

Für die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften ist unlängst der Volkskongress in Augsburg in der bayerischen Landesversammlung mit großer Entschiedenheit eingetreten. Das heißt sich innerhalb der Arbeiterschaft abteilt, das ist nach Ansicht des Redners viel schlimmer als der Terror, den früher die Unternehmer zugunsten der Gesellen ausübten. Aus allen Teilen des Landes lauten fortwährend Klagen ein, daß radikale Maßnahmen unsere Mittelglieder zwingen, in die freien Gewerkschaften überzugehen. Am schlimmsten wird es in Augsburg da betrieben. Mitglieder der Gewerkschaften, die 10 bis 25 Jahre in denselben Betrieben beschäftigt waren, wurden vor die Wahl gestellt, entweder überzutreten oder brotlos zu werden. Anstand gibt es keine. Man sticht sich mit die Gewalt. Unternehmer, die früher recht energisch sein konnten, fürchten sich vor dem angedrohten Streik oder der Zerschlagung der Maschinen und empfehlen dann den so bedrohten Leuten, nur um Ruhe zu bekommen, sie sollten eben Sozialdemokraten werden, bis wieder andere Zeiten kommen. Doppelmoralität ist heute keine Seltenheit.

Ähnlich wie in Augsburg liegen die Dinge an anderen Orten. Unsere Mitglieder in führende Kollegen weiter aus, und so ersagen, daß sie die Überzeugung eines anderen wäßen. Wir aber danken dafür, daß wir jetzt, nachdem wir das Joch der Zunft und Kapitalisten abgestreift haben, nun das Joch dieser radikalen freien Beschäftigten übernehmen sollen. Das höchste Gut ist die Meinungsfreiheit. Das Recht, nach eigenem Ermessen sich dort zu organisieren, wo man sich um Grund seiner Überzeugung hingegen fühlt. Hier mußte von der Regierung mit eiskernen Feten Ordnung geordnet werden, und zwar nicht erst bei Feststellung des neuen Arbeitsrechts sondern sofort. Solche Zustände haben vor der Revolution nicht bestanden und dürfen nun erst recht nicht wieder werden. Das Recht der Koalition muß jedem Arbeiter unverfälscht erhalten bleiben. Es muß geschützt werden gegen Angriffe von rechts und links.

Auf die idaweren, aber leider nur allzu begründeten Anklagen des Redners gab der Sozialminister eine Erklärung ab, der zu entnehmen ist, daß auch die bayerische Regierung entschlossen ist, für die Koalitionsfreiheit aller Arbeiter einzutreten. Hoffentlich bleibt es nicht bei den schönen Worten, sondern wird auch gewissen Betrieben, die ihre Macht mißbrauchen, recht ärztlich das Handwerk gelegt!

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai zeigt nach den dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichten ein nicht ganz so trübes Bild wie im Vormonat. Der beherrschende Einfluß des Frühjahrs ist, wie im März, erneut hervorgetreten. Nach den Feststellungen von 24 Fachverbänden, die für 3 802 514 Mitglieder befristeten, betrug die Arbeitslosigkeit Ende Mai 126 155 oder 3,3 v. H. Im April hatten 23 Fachverbände über eine Arbeitslosigkeit von 52 v. H. berichtet; die Arbeitslosigkeit ist demnach gegenüber dem Vormonat wesentlich zurückgegangen. Aller-

In der Metallindustrie wie im Maschinen- und Schiffsbau wird die Lohn-erhöhung gegenüber der Zeit vor dem Kriege auf 100-120 Prozent geschätzt. In den Eisen- und Stahlwerken ist in den Hauptbezirken eine Steigerung um 113-117 Prozent eingetreten. Während die Stahlwalzwerke und Hämmer durchschnittlich nur 60-77 Prozent mehr Lohn erhalten, und für weniger auf bezahlte Arbeitergruppen Lohnhöbungen um 150 Prozent festzustellen. Nur die Einrichter im Maschinen- und Schiffbau ist der Lohn 98 Prozent gestiegen, bei den Hilfskräften in den Maschinenfabriken um 156 Prozent. Im Schiffbau beträgt die Lohnhöbung für die gelernten Arbeiter 91-98 Prozent, für die Hilfskräfte 154 Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei, daß sowohl im Maschinen- als auch im Schiffbau die Arbeitszeit von 53 oder 54 auf 47 Stunden in der Woche vermindert worden ist.

Für Frauen und Mädchen, die im Maschinenbau beschäftigt wurden, waren vom Reichsminister Mindestlöhne festgesetzt worden. Gegenwärtig beträgt für über 18 Jahre alte weibliche Hilfskräfte, die nicht mit Männerarbeit beschäftigt werden, der Mindestlohn 32 1/2 wöchentlich. Die Frauen, die mit Arbeit beschäftigt werden, die früher männlichen Arbeitskräften oblag, erhalten höhere Lohnsätze. In der übrigen Metallindustrie und ähnlichen Vorkriegsindustrien wie im Zink- und Kupferbau, in der Zinn- und Silberindustrie wird eine Erhöhung von 75 Prozent geschätzt.

Am Zinn- und Silberbau sind Lohnhöbungen von durchschnittlich 100-110 Prozent während des Krieges vorgenommen worden. In verschiedenen Zweigen dieser Industrie, insbesondere in der Baumwoll-, Seiden- und Lederindustrie ist jedoch der tatsächlich verdiente Gesamtlohn durch Verkürzung der Arbeitszeit und geringere wöchentliche Arbeitsleistung des Arbeiters teilweise beträchtlich herabgemindert worden.

In der Baumwollindustrie stellte sich der Ende April 1919 gezahlte Lohn um 105 Prozent höher als im Juli 1914. Gewissen Arbeitergruppen sind außerdem noch besondere Zuschläge gewährt worden. In der Seiden- und Baumwollindustrie der Grafschaft Dorf gestiegen sich die Verhältnisse nicht einheitlich. In den Zümmereien und Webereien erhielten die Zeilohnarbeiter und in den Komman- dierereien die Zeilohnarbeiter einen um 107 Prozent höheren Lohn als vor dem Kriege. In den Vollwebereien, den Ball- und Komman- dierereien und den Spinnbetrieben stellt sich die Erhöhung für die männlichen Zeilohn- arbeiter auf 91 Prozent. Demzufolge ist auf Zeilohn bedingt werden, erhalten in ver- schiedenen Bezirken einen um 106 1/2 bis 127 1/2 Prozent höheren Lohn. In der Grafschaft Dorf umfaßte die Lohnsteigerung für die Zeilohnarbeiter 107 Prozent, für die Mehrzahl der Zeilohn- arbeiter knapp 96 Prozent.

Beim Bekleidungs-gewerbe ergibt sich bezüglich der Lohn- und Zeilohnindustrie eine Lohnsteigerung von ungefähr 87-98 Prozent für gelernte Arbeiterkräfte. Es machen sich aber in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes und in den einzelnen Bezirken erhebliche Verschiedenheiten bemerkbar. Für die Stoffwarenindustrie sind im allgemeinen statistische Feststellungen nicht vor- handen. Frauen in der Bekleidungsindustrie er- halten nach dem vom Lohnamt festgestellten Zehn- ten im Juli 1915 einen Mindestmonatslohn von 30 Mk., der vom Arbeitsministerium für die er- wachsenden weiblichen Hilfskräfte unzulässig auf 60 Pfennige, also um 100 Prozent erhöht worden ist.

In der Möbelindustrie steigerte sich der Stundenlohn während des Krieges nur von 68 auf 87 Pf., d. h. um 20 Prozent.

Im Bäder- und Zunderwarengewerbe ging der Wochenlohn von ungefähr 27 auf 33 Mk. hinauf, d. h. um etwa 22 Prozent.

Für das Baugewerbe in den großen Städten und die Löhne vom 1. August 1914 und 30. April 1919 gegenübergestellt und lassen im Gesamtdurchschnitt eine Zunahme um fast 110 Prozent erkennen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die wöchentliche Arbeitszeit während der letzten Monate auf 47 Stunden herabgesetzt worden ist und daß entsprechende Stundenlohn- erhöhungen die Folge dieser Arbeitszeitverkürzung waren. Wägt man die Verkürzungen der Arbeits- zeit, die während des Krieges etwa zwei Stunden in der Woche betragen, außer acht, so ergibt sich eine tatsächliche Lohnsteigerung um rund 100 Prozent. Im einzelnen erhöhte sich für Maurer und Ziegler der Lohn um 88-91 Prozent, für Zimmerer um 91, für Plasterer ebenfalls um 91 Prozent. Bei den Malern stieg er um 103 und bei den Klempnern um 104 Prozent. Verhältnis-

mäßig am stärksten ging der Lohn bei den Bauhilfsarbeitern in die Höhe, nämlich um 123 Prozent. Im Buchdruck- und Buchbin- dergewerbe war nur eine Steigerung um 21 Prozent zu verzeichnen.

Den Eisenbahnern, Bergarbeitern, Seeleuten und Seizern ebenso den Straßenbahn- und Omnibus- angestellten wurden erhebliche Kriegs- bzw. Gefahrenzulagen gewährt. Der Prozentfuß läßt sich aus den angegebenen Zahlen leider nicht be- rechnen.

In der Landwirtschaft sind auf Grund der Kornverengungsakte vom Jahre 1917 Min- destlöhne für landwirtschaftliche Arbeiter in allen Distrikten der Vereinigten Provinzen mit Aus- nahme einiger Teile Schottlands festgesetzt wor- den. Für erwerbsfähige männliche Arbeiter schwan- gen die Lohnsätze zwischen 30 und 38 Pf., wöchent- lich. Hierbei ist der Wert gewisser Naturalbezüge des Arbeiters, wie Milch, Kost und Wohnung, eingeschlossen. Die Mindestsätze sind für die be- züglenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, wie für Hirten, Gelpmannen und dergl., in den meisten Bezirken etwas höher angesetzt. Das landwirtschaftliche Lohnamt schätzte die Lohnsteige- rung gegenüber der Zeit vor 1914 für gewöhn- liche Arbeitskräfte auf 93 Prozent und für beson- dere Arbeitergruppen auf 103 Prozent, so daß im Gesamtdurchschnitt eine Erhöhung um 88 Prozent anzunehmen ist. Das landwirtschaftliche Lohnamt für England und Wales hat vom 19. Mai ab den Mindestlohn um wöchentlich 6,70 Pf. erhöht. Diese Erhöhung ist in der Zunahme um 88 Pro- zent noch nicht enthalten.

Zum Schluß heißt es in der Zusammenstel- lung, daß im ganzen die durchschnittliche Lohn- erhöhung auf 100-120 Prozent geschätzt wird. Von analogen Tendenzen werden diese Zahlen aber angezweifelt. Trotzdem geben sie ein unge- fähres Bild von den Arbeiterlöhnen und ihrer Bewegung.

Eisenbahnminister Dezer über die wirtschaftliche Lage.

Beide Arme des deutschen Volkes sind sich noch immer des Grades unserer wirtschaftlichen Lage nicht bewußt. Es gibt Menschen, nicht nur junge, die an Lang- und ähnlichen Dingen Ver- zagen finden und nicht ahnen, daß sie sich am Rande eines Abgrundes bewegen. Andere lassen sich von unvernünftlichen Träumen, die sich lediglich durch politische Gründe leiten lassen, es aber verstehen, ihre wahren Ziele durch ein wirt- schaftliches Wirteltun zu verdecken, in wilde Streiks hineinstürzen, die ihnen selbst nur in den letzten Fällen einen erkennbaren Vorteil bring- en für die Gesamtheit des Volkes aber geradezu unübersehbare Gefahren heraufbeschwören. Man denke nur an die sich abspielenden Streiks der Eisenbahnen in den verschiedenen Landesteilen. Was haben sie den Beteiligten genutzt? Nichts, im Gegenteil, die Lohnansätze der Arbeiter gingen in die Millionen. Die Forderungen aber konnten nicht bewilligt werden, sollte nicht mit einem Schläge unter ganzes Verkehrsleben und damit unter Wirtschaftselben wie ein Kartenhaus zu- sammenstürzen. Aber die Gesamtheit des Volkes hat durch die fortschreitenden Verkehrsstörungen trotzdem schon schwersten Schaden erlitten. Die Nahrungsmittelverhältnisse sind und erdauern die ohnehin schon jämmerliche Ernährung gerade der ärmsten Schichten des Volkes. Denn die übri- gen wußten sich schon zu helfen. Große Mengen leicht verdaulicher Nahrungsmittel wie Fisch, Kauderwatschen, Obst u. dergl. sind für die Ernäh- rung verloren gegangen. Durch das Ausbleiben der Viehhaltung ist auch die Industrie in Mitleiden- schaft gezogen worden. In welchen Folgen hätte der Streikswalder erst führen müssen, wenn die Arbeiter nicht schließlich doch zur Beirung ge- kommen wären und ihre Tätigkeit wieder aufge- nommen hätten!

Der demokratische Eisenbahnminister Dezer wußte wohl, daß er mit seinem Amte kein frohes Erbe übernahm. Das hat er beim Antritt gleich zu erkennen gegeben. Die Unruhe und das be- drohliche Streben nach Aufhebung ihrer Lage bei den Arbeitern ebenso wie bei den Beamten! Dazu ein fast bis zum Unkrautbestand herunter- gewirtschaftetes Material. Was draußbar war, hatten ja unsere Feinde beim Wirteltun des Wirt- schaftswandels für sich in Anspruch genommen. Zu allem noch ein Defizit von mehreren Milliarden in einer Verwaltung, die mit erheblichen Liebes- schüssen zu arbeiten genötigt war. Da Ordnung hineinzubringen, ist wirklich keine leichte Auf- gabe, und auf alleseitigen Dank oder Anerkennung zu rechnen, hätte ein hohes Maß von Vernunft- heit oder Rawität vorausgesetzt. Davon ist der

preußische Eisenbahnminister glücklicherweise frei. Er ist sich der Schwere der ihm gestellten Aufgaben wie auch der auf ihm ruhenden Ver- antwortung in vollstem Maße bewußt, wie seine gelegentlich der Beratung des Eisenbahn-Anleihe- gesetzes in der preussischen Landesversammlung gemachten Ausführungen deutlich erkennen lassen. Sie zeigen aber auch, daß wenn Ordnung und Vernunft wieder dauernd Einkehr halten, wenn jeder an seiner Stelle wieder seine Arbeit regel- mäßig verrichtet und seine Schicksalsteile tut, neues Leben erblühen und uns eine bessere Zukunft ge- sichert sein wird. Was an der Eisenbahnverwal- tung liegt, so will sie nichts unversucht lassen, die Vorbedingungen dafür zu schaffen.

Der Eisenbahnminister redet mit einer Befahrung der Lage, wie durch die Senkung der Lebensmittelpreise infolge der be- züglenden Maßnahmen dem Schicksalhandel zum Teil das Wasser abgetrieben und damit eine Quelle der Anzufriedenheit verortet wird. Ein Wesentliches dazu wird auch die Aufhebung der Blockade beitragen. Ferner werden erhebliche Bestände der Seeres- und Marineverord- nung an Bekleidungsstoffen, die vor- allen hindernden Familien der Arbeiter und Be- amten zugunsten werden lassen, freigegeben wer- den. Wer erkannt hat, daß die furchtbare Not in der Hauptstadt die Ursache für die andauernden Unruhen gewesen ist, der wird sich der optimisti- schen Auffassung des Eisenbahnministers nicht verschließen können.

Trotz der geringeren Lebensmittelpreise soll den Arbeitern und Beamten das bisherige Einkommen gesichert sein, da eine durchgreifende Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzielt ist, und zu ihrer förderlichen Erreichung wird der Urlaub eine Erweite- rung erfahren. Aber damit nicht genug! Zur Lösung der Arbeitsfrage sollen die Arbeiter- ausschüsse so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die Vorarbeiten hierzu ständen vor ihrem Abschluß. Dasselbe sollte von denselben Anhängen für die Beamten auf lokalem, dist- riktalem und ministeriellem Unterbau. Das System der Betriebsräte werde schrittweise durchgeführt werden, sobald die rechtswegliche Regelung erfolgt sei. Mit der Durchführung dieses Programms wünscht der Minister den neuzeit- lichen Geist in die Verwaltung einzubringen zu sehen, einen Geist gegenseitigen Vertrauens und geeb- neter Würdigung. Jeder Vorworte soll in dem Untergebenen nicht nur dem Untergebenen son- dern den Menschen mit menschlichen Empfindun- gen und menschlichen Schwächen leben. Anderer- seits soll aber auch jeden Vorgesetzten, der gerecht seine Pflicht erfüllt, der starke Schutz der Verwal- tung zuteil werden. Seine Rechte sollen ebenso- wenig beeinträchtigt werden dürfen wie die der Untergebenen. Jeder, der sachlich betätigt und verständig geeignet ist, soll die Möglichkeit zum Aufstieg haben. Nach der politischen Meinung wird nicht gefragt, denn die Verwaltung ist un- politisch.

Mit einem solchen Programm können sich in der Tat alle Beteiligten abfinden. Nun aber müssen auch alle Glieder ihre Schuldigkeit tun. Mit Recht wies der Minister darauf hin, daß mit dem Fehlen der Blockade der deutsche Markt mit ausländischen Waren überflutet wird. Das ist un- nächst wohl ein Vorteil für die Konsumenten. Es besteht aber auch die Gefahr, daß die deutsche Industrie zurückgedrängt, damit die deutsche Arbeiterkraft besonders geschädigt und das letzte Geld aus dem Lande herausgeholt wird. Wenn Geld aus dem Lande herausgeholt wird, wenn in eine solche Zeit auch noch fortgesetzte Störungen der Arbeit durch Unruhen und Streiks fallen, so wird es uns ganz unmöglich sein, wirtschaftlich wieder emporzukommen. Die Folgen davon wird in erster Linie die Arbeiterkraft verüben.

Unter Programm, so jedoch der Eisenbahn- minister, ist wirtschaftlich gesund. Unsere Finanz- lage ist kritisch und kann nur gelindert bei einer Zusammenfassung aller Kräfte. Wir sind also angewiesen auf die Mitwirkung des gesamten Volkes. Eine der wichtigsten Vorbedingungen dafür ist ein geordneter Betrieb bei der Eisen- bahn. Wenn die Eisenbahn nicht funktioniert, dann stehen alle Köder still, dann können wir keine Nahrungsmittel in die Städte schaffen, dann wird die Auflösung kommen, und die Un- ruhen sind da. Wir wollen aber nicht den wirt- schaftlichen Tod, wir wollen wirtschaftliches neues Leben, wir wollen geordnete Zustände, wir wollen Arbeit. Jeder muß sich verantwortlich fühlen für den Aufbau, der jetzt kommen muß. Nur wenn wir alle arbeiten, ist unser Land zu retten. Von unserem Programm lassen wir uns durch nichts abbringen. Auch Streiks und Arbeitsunter- stellungen können dieses Programm nicht bettingen.